Amt, Datum, Telefon

600 Bauamt, 19.11.2026, 51-3274

Drucksachen-Nr.

2476/2025-2030

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Schildesche	03.12.2026	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Befreiung nach § 31 Absatz 3 BauGB; hier: Wohngebäude Am Vorwerk 28

Betroffene Produktgruppe

11.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

keine

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

keine

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

keine

Sachverhalt:

Mit dem sog. „Bau-Turbo-Gesetz“ der Bundesregierung soll die Schaffung von notwendigem Wohnraum beschleunigt werden. Das Gesetz räumt den Kommunen weitreichende Befreiungsspielräume zur Zulassung von Vorhaben ein, die dem Wohnungsbau dienen.

Befreiungen nach § 31 Absatz 3 BauGB sind für alle Vorhaben möglich, die „zugunsten des Wohnungsbaus“ wirken. Befreiungen nach § 31 Absatz 3 BauGB dürfen auch über den Einzelfall hinaus zur Anwendung kommen und die Grundzüge der Planung berühren.

Die Baugenehmigungsbehörde ist bei ihrer Befreiungsentscheidung an vier Bedingungen gebunden:

1. **Die Befreiung muss städtebaulich vertretbar sein.**
   In der Regel gilt ein Vorhaben als städtebaulich vertretbar, wenn es sich – bei Hinwegdenken des Bebauungsplans – im Sinne von § 34 BauGB nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen würde. Hierbei ist das grundsätzliche Plankonzept des Bebauungsplans in die Ermessensentscheidung einzubeziehen.

2. **Die Befreiung muss mit den öffentlichen Belangen vereinbar sein.**
   Als öffentliche Belange sind die unter § 1 Absatz 6 Nummer 1 BauGB benannten Belange wie zum Beispiel vom Rat beschlossene städtebauliche Konzepte und Leitlinien wie auch gesunde Wohnverhältnisse (Belichtung/Belüftung/Belastung durch Immissionen) zu nennen.

3. **Die Befreiung muss nachbarliche Belange würdigen.**
   Die Grenze für die Erteilung einer Befreiung ist erreicht, wenn nachbarschützende

Festsetzungen betroffen sind. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn Nachbarn durch rücksichtslose Beeinträchtigungen betroffen sind oder wenn störempfindliche Nutzungen (z. B. Wohnen) an störende Nutzungen (z. B. Gewerbe) heranrücken.

4. **Die Gemeinde stimmt zu.**
   Konkrete Voraussetzungen für die Erteilung oder Versagung der Zustimmung oder eine besondere Begründungspflicht benennt der Gesetzgeber nicht. Dennoch sollte die Gemeinde die Gründe, die sie zu ihrer Entscheidung bewogen haben, transparent machen. Dadurch wird zum einen deutlich, welche Abweichungen grundsätzlich den Vorstellungen der Gemeinde entsprechen bzw. nicht entsprechen und zum anderen kann die Gemeinde so zeigen, dass sie keine willkürliche Entscheidung trifft. Besondere Anforderungen an die Begründung bestehen dabei nicht; sie muss allerdings nachvollziehbar sein.

Vorhabenbeschreibung:

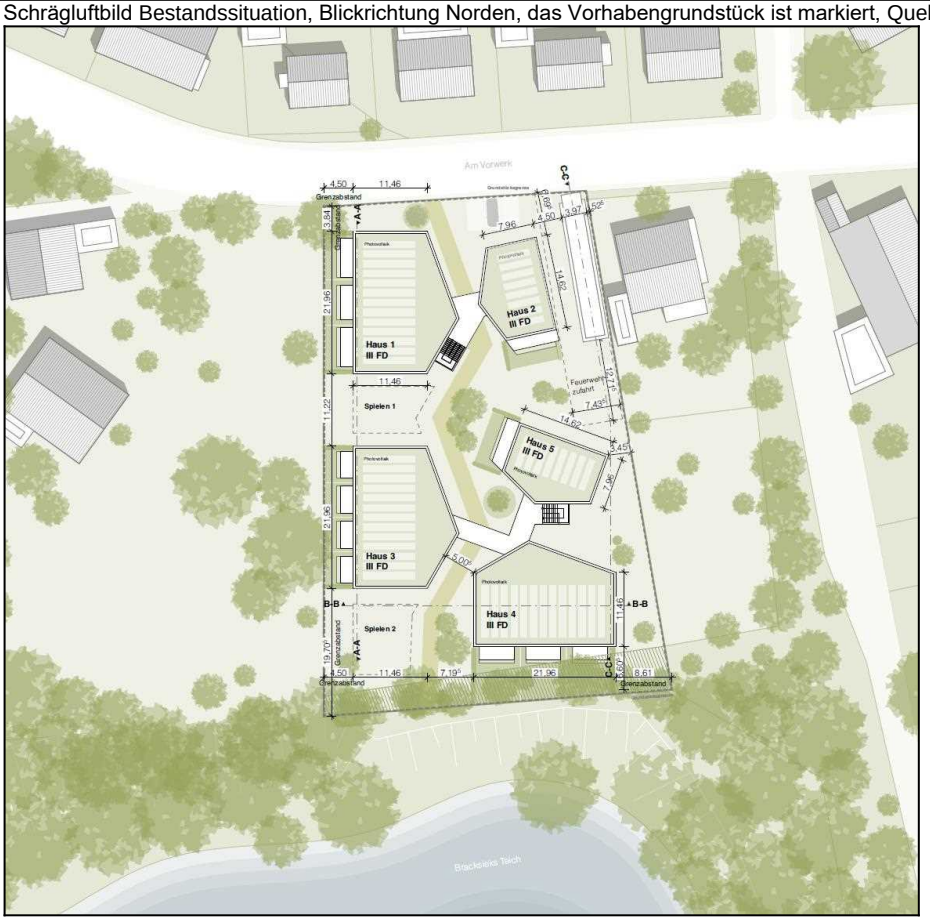
Im vorliegenden Fall wird eine Befreiung von den Festsetzungen des seit dem 17.08.1981 rechtsverbindlichen Bebauungsplans Nr. II/2/24.00, 4. Änderung beantragt.

Es liegt ein Bauantrag für die Errichtung von fünf Mehrfamilienhäusern an der Straße Am Vorwerk 28 mit insgesamt 25 Wohnungen vor. Die Gebäude sollen mit jeweils drei Geschossen und Flachdach errichtet werden. Es sind insgesamt 35 Stellplätze vorgesehen, diese sollen überwiegend in einer Tiefgarage untergebracht werden. Der bestehende Gebäudebestand soll abgerissen werden.

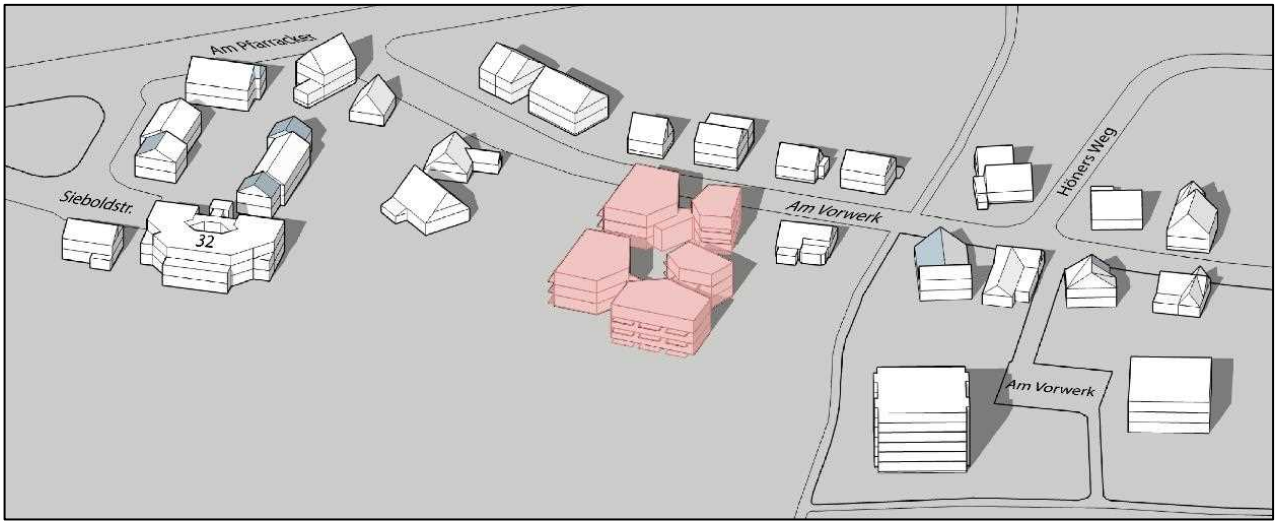
Ein ähnlicher Antrag musste 2024 noch negativ beschieden, da die Regelungen der Erhaltungssatzung Schildesche – Teil B, Straßenabschnitt „Am Vorwerk“ / „Achenkamp“ dem Vorhaben entgegenstanden. Die Satzung wurde inzwischen aufgehoben.



Schrägluftbild Bestandssituation, Blickrichtung Norden, das Vorhabengrundstück ist markiert, Quelle: Stadt Bielefeld



Lageplan Vorhaben, Blickrichtung Norden, Quelle: Bauherrschaft



3D-Visualisierung, Blickrichtung Norden, das Vorhaben ist farbig hervorgehoben, Quelle: Bauamt

Die baurechtliche Prüfung des Vorhabens hat ergeben, dass es die Voraussetzungen einer Befreiung nach § 31 Absatz 3 BauGB erfüllt. Die Erschließung ist gesichert.

Die Festsetzungen des Bebauungsplans hinsichtlich der überbaubaren Grundstücksfläche werden durch das geplante Bauvorhaben nicht eingehalten. Die geplanten Gebäude überschreiten die festgesetzte überbaubare Fläche und liegen teils auf einer für PKW festgesetzten Stellplatzanlage. Nach Auffassung der Verwaltung kann hierfür eine Befreiung gemäß § 31 Absatz 3 BauGB erteilt werden. Die Prüfung des Vorhabens hat ergeben, dass die Voraussetzungen für eine Befreiung nach § 31 Absatz 3 BauGB erfüllt sind:

Städtebauliche Vertretbarkeit:

Bei der Beurteilung der städtebaulichen Situation ist insbesondere das Gebäude an der Sieboldstraße 32 in unmittelbarer Nachbarschaft zum Vorhabengrundstück in die Betrachtung einzubeziehen. Dieses Gebäude liegt westlich der geplanten Gebäude direkt an der Sieboldstraße Für die geplanten Gebäude ist die städtebauliche Vertretbarkeit hier gegeben, da sie sich nach § 34 Absatz 1 BauGB hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung in die nähere Umgebung einfügen würden.

Vereinbarkeit mit den öffentlichen Belangen:

Die geplanten Gebäude sollen inmitten eines bereits seit vielen Jahren bestehenden Wohngebiets umgesetzt werden. Es handelt sich um ein Vorhaben, welches sich hinsichtlich seiner Gebäudekubatur in die umliegenden Nutzungs- und Bebauungsstrukturen einfügt. Gesunde Wohnverhältnisse werden gewahrt. Die Erschließung ist über die Straße Am Vorwerk gesichert.

Negative Auswirkungen auf verkehrliche Belange sind nicht zu erwarten. Öffentliche Belange sind somit nicht erkennbar negativ betroffen.

Würdigung nachbarlicher Interessen:

Die beantragten Gebäude sind östlich und westlich von bestehenden Wohngebäuden umgeben. Die baurechtlichen Abstandsflächen zu den angrenzenden Grundstücken werden gewahrt. Durch Mehrfamilienhäuser sind in dieser innenstadtnahen Lage auch keine städtebaulich unzumutbaren Störungen zu erwarten. Es werden allenfalls zusätzliche Verkehrsbewegungen entstehen, die als wohngebietstypisch und somit als gebietsverträglich einzustufen sind. Schutzwürdige nachbarliche Belange sind nicht erkennbar unzumutbar negativ betroffen.

Zustimmung nach § 36a BauGB:

Befreiungsentscheidungen im Sinne des § 31 Absatz 3 BauGB bedürfen der Zustimmung der Gemeinde nach § 36a BauGB. Deshalb hört die Verwaltung die jeweils zuständige Bezirksvertretung an, soweit ihr ein Befreiungsantrag für ein Vorhaben zugunsten des Wohnungsbaus vorliegt, welches die vorgenannten Bedingungen erfüllt. Sofern die Bezirksvertretung der im vorliegenden Fall beantragten Befreiung nicht widerspricht, sieht die Verwaltung die Zustimmung der Gemeinde als Voraussetzung für die Erteilung der beantragten Befreiung als erfüllt an.

Beigeordnete	
gez. Koch	